

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 143

Weihnachtsgabe an die Invaliden

Verschiedenen Anregungen Folge gebend, hat der Verbandsvorstand beschlossen, den im Bezuge befindlichen Invaliden auch in diesem Jahre zu Weihnachten eine außerordentliche Unterstützung im Betrage von 75 Mk. zu gewähren. Die gleiche Unterstützung erhalten auch die Invaliden der Zentralinvalidenkasse in Liquidation, und zwar ebenfalls aus der Verbandskasse.

Wir ersuchen die in Betracht kommenden Funktionäre, diese Unterstützung rechtzeitig zur Auszahlung zu bringen.

Die verehrl. Gaukassierer wollen diese Unterstützung außerhalb der Abrechnung mit der Verbandskasse verrechnen, d. h. vom Überschuss in Abzug bringen.

Der Verbandsvorstand

Appell zu werklätiger Hilfe

Die vorstehende kleine Bekanntmachung unserer Verbandsleitung kommt gerade im rechten Augenblicke. Was in dieser Nummer alles erscheint, ist eine Zusammenstellung der uns seit Tagen, Wochen und sogar Monaten zugegangenen Schmerzensrufe von solchen der Unrigen, die noch weniger als ihre in Arbeit stehenden oder doch arbeiten könnenden Kollegen auf des Lebens Sonnenseite wandeln. Wir konnten diese Stimmen zur Anteilnahme an schlimmerem Dase, diese Hilferufe der Bedrängten, nicht gut eher bringen, da die große Austragung um die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsvertrags mit ihrem längeren Vorspiel, ihrem schwierigen und langandauernden Hauptakte und wenigstens den ersten Phasen des Nachspiels erst vorübergerauscht sein mußten im „Karr.“. Das kann auch als ein Zeichen angesehen werden, wie bewegungsbeengt selbst die Redaktion geworden ist.

Dennoch, glauben wir, ist noch nichts verflumt. Durch die Zusammenfassung dieser Art von Artikeln reden sie eine eindringlichere Sprache, als wenn sie vereinzelt oder einander verloren in einem größeren Zeitraum zur Veröffentlichung gelangt sein würden. Durch das Erscheinen vor Weihnachten aber kann und wird ihrem Zwecke besser gebient werden. Auch wenn von dem landläufigen Feste der Liebe noch so wenig übrig geblieben ist für die darbedenden Berufs- und Zeitgenossen, der Buchdrucker war und bleibt ein Menschenkind, der Leid und Not zu lindern sucht, indem er auch das Wenige mit seinesgleichen teilt. Das ist der schöne und hervorragende Grundzug des Buchdruckers, von dem es zwar auch unruhliche Ausnahmen gibt, der sich anderwärts aber auch einmal mißbrauchen läßt, wozu in unfern verworrenen Zeitaltern sich gar nicht so selten Gelegenheit bietet.

Diese hier berührte gute Seite des Buchdruckers tritt erfreulicherweise augenblicklich auch bei einem Teile der Prinzipale in die Erscheinung. Es ist uns mehrfach von annehmbaren und auch von recht namhaften Bewilligungen zu Weihnachten an die Personale berichtet worden, in anderen Fällen von Wirtschaftsbefehlissen. Sie sind entweder ganz freiwillig gewährt worden oder bildeten das Ergebnis einer beiderseitigen verständnisvollen Aussprache. Druckmittel anzuwenden, um über den Rahmen der vom Tarif-ausschusse festgelegten Sätze hinauszukommen, ist unzulässig und erreicht auch nur höchst selten den gewollten Zweck. Wir hoffen, daß bis zu Weihnachten auf dem legalen Wege so noch manche Korrektur an der unzulänglichen letztmaligen Steuerungsanfrage vorgenommen werden kann. Wäre es uns auch lieber, wir könnten über jeden Fall von solchen Verständigungen öffentlich berichten, so bescheiden wir uns doch um der erfreulichen Tatsache willen auch damit, daß wir es auf ausgesprochenen Wunsch nur zum Teil dürfen.

Uns vielen Verammlungsberichten in den letzten Wochen und mehr noch aus den noch nicht veröffentlichten

ergibt sich, daß anscheinend häufiger als sonst aller zu Weihnachten gedacht wird, die einer Beihilfe bedürfen: Arbeitslose, Ausgesteuerte, Zugereifte, Krieger- und andre Buchdruckerwitwen, durch lange Krankheit verelendete Kollegen und nicht zuletzt Invaliden. Wir nehmen an, daß Ortsvereine, die damit noch im Rückstande geblieben sind, sich dadurch veranlaßt fühlen, auf dem Wege der Bewilligung aus Kassemitteln oder mittels Sammellisten ebenfalls nach Kräften einzugreifen und zu helfen. Wir bitten sogar herzlich darum, denn mehr als sonst sind uns Anregungen zugegangen, eine solche kollegiale Bille auszusprechen. Die Not ist eben in diesen Gruppen der großen Buchdruckerfamilie nunmehr sehr schlimm geworden. Überall sind ja nicht alle Kategorien der ausgefallenen Bedürftigen vorhanden, so daß es leichter wird, zu helfen oder den vorhandenen mehr zu geben. Es ist auch anzuerkennen, daß unsere Buchdruckerjugendvereine mehr dazu übergegangen sind, um die Weihnachtszeit Wohltätigkeitskonzerte zu veranstalten.

Mit besonderer Wärme möchten wir uns für die Invaliden einlegen. Einige Artikel in dieser Nummer reden eine Sprache über die Not untrer Allen, der sich niemand entziehen kann; wir wollen deshalb auch nichts mehr dazu sagen an Begründungen. Der Verbandsvorstand sollte mit der gewährten außerordentlichen Unterstützung allen Gau-, Bezirks- und Ortsvereinen einen Anstoß geben, auch ihrerseits nach gegebener Möglichkeit zu helfen. Das wird wohl auch gewiß geschehen.

Dann wenden wir uns aber auch an die Prinzipale und machen uns damit zum Übermitter des in vielen Zuschriften an uns ausgesprochenen Ersehens von invaliden Kollegen, die Prinzipale daran zu erinnern, was die aus ihren Druckereien hervorgegangenen invaliden Buchdrucker Jahrzehnte für ihre Geschäfte geleistet haben. Während der Kriegszeit ist so mancher von den Allen wieder gerufen worden und hat geholfen in der Zeit der großen Gehilfennot, daß der Betrieb nicht zum Erliegen kam. Es muß nun Ehrenpflicht sein, dieser alten Berufs-veteranen oder der schon vor dem Aller durch schwere Krankheit aus der Berufsbahn geworfenen Mitarbeiter zu Weihnachten durch eine Beihilfe zu gedenken. Sie sind alle schnell zu finden, die da bedacht sein möchten zu Weihnachten. Der neue Tarif sollte nach dem von Prinzipalseite beantragten Motto eine „Urkunde sozialer Gesinnung“ sein. Mögen die Prinzipale von dieser sozialen Gesinnung jetzt ihren Geschäftsinvaliden einen praktischen Beweis liefern!

Gedenket eurer invaliden Kollegen mehr!

Sich kenne einen alten großen Baum, der viele und noch recht gesunde Zweige hat, aber es zeigen sich auch andre daran. Es ist wie in einer starken Familie. Die Kinder sind nicht alle gleich geraten; körperlich, geistig und moralisch nicht. An den wilden Zweigen und Sprößlingen muß immer gearbeitet werden, sie müssen zurückgehalten werden; nicht sie, sondern die andern haben hervorzutreten.

So ist es auch in untrer Organisation. Auch hier muß gelebt werden, daß die Zweige gesund bleiben. Kranke Stellen sind auszumerzen. So alt unser Organisationsbaum ist, es zeigen sich immer wieder neue, gute Triebe: Lehrlingsableitung, Lehrlingsorgan, Bildungsausschüsse. Die Opposition dagegen ist keine gesunde Erscheinung. Weniger deshalb, weil damit die Unzulriedenen einen gruppenmäßigen Ausbruch erhalten, sondern durch den parteipolitischen Ursprung und Untergrund. Jetzt, wo sich diese Opposition noch in zwei Lager gespalten hat — wenn es früher auch schon Oppositionen gab, dann zogen sie doch wenigstens an einem Stränge! —, da steht man noch deutlicher, wie krankhaft dieser neue Zweig ist. Als allen Invaliden jammert einen solcher Zustand. Begreifen die Kollegen der linken und der rechten Opposition nicht, daß sie eine Kontaktführung in der Allgemeinheit hervorrufen, aus der nur dem Unternehmertum ein Vorteil erwächst?

Alles ist unzufrieden mit den neuen Steuerungsanfragen. Es langt überall nicht mehr zum Leben. Aber merkwürdig doch: wo die wenigsten Arbeitslosen vorhanden sind, ist die Anzuldendigkeit am größten, glaubt man gar auf eigene Faust mehr herauschlagen zu können. Sind Berlin und Leipzig, untre Druckzentren von altersher, die wohl allein fast den vierter Teil der Gesamtkollegenchaft repräsentieren, etwa blühige Nester geworden? Wir sehen zwar über alle jetzt, wie mit dem Ellenbogen gearbeitet wird; es wäre aber doch wohl besser für uns, wenn untrer Arbeitsgarn der Esel geföhrt werden würde durch völlige Einseitigkeit auf Gehilfenseite. Millionen, die verpussten, sind am gefährlichsten!

Wer kümmert sich denn aber um uns arme Invaliden, die wir doch viel schlimmer zu würgen haben als alle Arbeitenden, auch die am allereldesten Bezahleten? Müßten wir nicht alle Lebensmittel ebenso teuer bezahlen? Wohnen wir billiger? Sind für uns Stoffe und Licht nicht noch unerwünschlicher? Wenn ihr so oft von Eend der Arbeiterchaft und vom Verkommen spricht und die Buchdrucker dabei besonders herausstecht — wer von diesen Verammlungsrednern und Artikelchreibern hat nur eine Ahnung von der wöchentlichen Lebensweise eines Buchdruckerinvaliden, der sich und sein Weib doch auch durch dieses elende Leben schleppen soll? Haben nicht die meisten von uns in früheren Jahrzehnten nach Kräften beigetragen, daß der Verbandsbaum sich kräftig und gesund entwickelte? Welche persönlichen Opfer hat das oft gekostet? Haben untre Frauen diese untre sorgelose Arbeit für die Organisation nicht auch gefördert durch hingebende Zurückstellung eigener Wünsche und bescheidenes Zurücktreten mit ihrem Sa? Sind diejenigen Invaliden, die besser daran waren und ein wenig erlählig hatten, nicht durch den langen Krieg und die noch schlimmere Zeit nachdem nicht auch belte-arm geworden?

Wir Invaliden haben durch die Nürnberg Generalversammlung etwas mehr erhalten. Die Organisation muß auf der nachfolgenden in Leipzig dessenungeachtet mehr für uns tun, weil doch wohl die größere Mehrzahl von uns früher für sie viel getan hat. Aber der Staat hat den Arbeitsinvaliden gegenüber weit größere Verpflichtungen als untre Organisation. Alle Kollegen in öffentlichen Ämtern müssen unbedingt dafür eintreten, daß die Invaliden- und Altersrente wesentlich erhöht wird. Das Unternehmertum soll zwei Drittel der Beiträge entrichten und der Staat viel höhere Zuschüsse leisten. Ist die Finanznot auch groß, so zeigt es sich doch immer wieder, welche Annummen für geschäftslüchtige Leute da sind. Die Minister, Abgeordneten und Staatsbeamten aus unrer Reihen (wer hätte einst gedacht, daß er einen solchen Wandel noch erleben würde!) können doch schon etwas bewerkstelligen, wenn sie auf untre Not aufmerksam gemacht werden.

Aber auch untre Gau- und Ortskassen müßten zu Gelegenheiten wie jetzt zu Weihnachten für die Berufsinvaliden durchweg etwas übrig haben. Die Verbandskasse hat in den letzten Jahren uns eine Extraleistung gewährt, es wird diesmal gewiß wieder und hoffentlich noch besser werden. Es ist auch zu begrüßen, daß Buchdruckerjugendvereine Konzerte zu untrer Gunsten veranstalten. Der Opfergeist der Kollegenchaft, den im allgemeinen untre Verbandsbaum schon von früher her als gesunden Zweig aufzuweisen hat, kann im Laufe eines Jahres wohl aber auch einmal durch eine Sammlung für uns angeregt werden. Wenn man hört, wie häufig heutzutage Sammlungen stattfinden und zu welchen Zwecken jetzt allenthalben gesammelt wird, dann wäre es fürwahr angebracht, nicht nur einmal im Jahre den Kollegen zuzurufen: Gedenket eurer Invaliden mehr!

Ein Leipziger Invalide.

Nicht Invaliden- und Altersrenten, sondern Arbeiterpension für das Alter!

Mehr als bisher gilt es in der kommenden Zeit für die organisierte Arbeiterchaft, Arbeit zu leisten; sei es auf gewerkschaftlichem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiete.

Gerbete das letztere veranlaßt mich, besonders dafür auf den Plan zu treten. Die organisierte Arbeiterchaft hat ein hartes Interesse daran, bei der heutigen schlechten Ernährung, deren Folgen ein frühzeitiges Zusammenbrechen des Körpers zeitigen, sich mit aller Macht dafür einzusetzen, daß ihr ein sorgloser Lebensabend beschieden

Kollegen des Gutenbergbundes bewohnen. Beide Organisationen haben den einstimmig angenommenen Beschluss, den Prinzipalen eine Bedenkzeit von sieben Tagen zu gewähren. Ein entsprechendes Schreiben wurde am 12. November von den Lesegleiten aller Bezirke verfasst und an den Prinzipalvorsitzenden Hanel gelangt. In einer von den Prinzipalen einberufenen Vorbesprechung hatte es den Anschein, als wolle man prinzipalseltig einen Keil in die Gehilfenschaft treiben, der in den Vorhänden zu erschließen war. Verheirateten eine tägliche Zulage von 3 Mk. und eine Kinderzulage von 1 Mark pro Kind, Ledigen, die nicht bei ihren Eltern wohnen, eine solche von 1,50 Mk. zu gewähren. Die Absicht wurde erkannt und das Angebot abgelehnt. Die Hauptverhandlung am 17. November zeitigte schwere gegenseitige Auseinandersetzungen. Folgendes Beschlussprotokoll gibt über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen näheren Aufschluss: „Stattmäßig, den 17. November 1920. Unter Leitung des Kreisvorsitzenden Neusch traf die Kommission der Prinzipale und Gehilfen heute hier zusammen, um über die Forderung der obersteilischen Buchdruckergehilfen, eine Sonderzulage über die vom Tarifausschuss vom 1. November 1920 ab bewilligte Zulage von 50 Mk. wöchentlich und 300 Mk. Wirtschaftshilfe, zu beraten. Nach eingehender Aussprache ließen die Gehilfen die Wirtschaftshilfe fallen und die Parteien einigten sich nach mehrfachen Sonderberatungen dahin, daß vom 15. November 1920 ab den Gehilfen bis 21 Jahre 15 Mk., von 21 bis 24 Jahre 20 Mk., über 24 Jahre 25 Mk., Verheirateten 35 Mk. zu bewilligen sind. Der Vorsitzende des Bezirkes Oppeln II, Herr Maiwald, war in der Versammlung nicht anwesend, hatte aber erklärt, daß die Prinzipale seines Bezirkes über die vom Tarifausschuss vom 1. November bewilligte Teuerungszulage von 10, 15 und 20 Mk. nicht hinausgehen könnten und weitere Erhöhungen ablehnen müßten. Die Gehilfenvertreter erklärten, daß sie unter allen Umständen auch für den Bezirk Oppeln II die gleiche Zulage fordern und unbedingt durchzuführen werden. (gez.) Neusch, (gez.) Neumann, (gez.) Fr. Wenske, (gez.) Bogler, (gez.) Ewert. — Die Prinzipale des Bezirkes Oppeln II haben sich ebenfalls veranlaßt, dem Beschlusse nachzukommen.“

Köthen (Anhalt). In der aufbesuchten Versammlung am 20. November berichtete unser Gehilfenvertreter Sugg König in ausführlicher Weise über die Tarifverhandlungen und schärfste die großen Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren. In der Diskussion wandten sich sämtliche Redner gegen die minimale Teuerungszulage, und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Ortsverein Köthen spricht den Gehilfenvertretern für ihr Eintreten für die Provinz ihre Anerkennung aus, gibt aber gleichzeitig seiner Enttäuschung Ausdruck über die erteilte Teuerungszulage, die nicht im geringsten einen Ausgleich bringt für die seit Abbau der Zwangswirtschaft Krumpholtz in die Höhe geschrittenen Teuerungserhöhlungen.“

Lf. Lübeck. Die erste Bezirksversammlung unseres neugegründeten Bezirkes am 28. November war leider nicht so besuch, wie man es hätte erwarten müssen. Von Schönberg waren 6 und von Grevesmühlen 3 Kollegen erschienen. Das Hauptinteresse richtete sich auf unseren neuen Tarif, über welchen Vorsitzender Georgi referierte. Lag der neue Tarif auch noch nicht gedruckt vor, so ging doch die Meinung dahin, daß es nur der alte Tarif, jedoch in neuer Fassung sei, welcher der Kollegenschaft vorgelegt würde. Allgemein verurteilte man die äußerst niedrig bemessene Teuerungszulage, die in keiner Weise den bestehenden Verhältnissen gerecht würde. In einer einstimmig angenommenen Entschließung brachte man die Meinung der Kollegen dahin zum Ausdruck, daß die neue Teuerungszulage in Verbindung mit einer Herabsetzung der Entschädigung bei Verkürzarbeiten geradezu als Lohn auf die herabgedrückte Lebenslage der Gehilfen betrachtet werden müsse. Diese Lohnzulage komme einem Lohnabbau gleich, und es sei deshalb unverständlich, wie die Gehilfenvertreter einer solchen Abmachung zustimmen könnten. Es wird erwartet, daß ab 1. Januar 1921 eine nochmalige Teuerungszulage von mindestens 20 Mk. ohne jede Stufung beschlossen wird. Verurteilt wurde ebenfalls das Verhalten des Kollegen Schliebs. Die andere Tagesordnungspunkte fanden glatte Erledigung. Der Bezirksbeitrag wurde auf wöchentlich 10 Pf. festgesetzt. Einem invaliden Kollegen bewilligte man aus der Kasse des Ortsvereins Lübeck 50 Mk. Die Aussprache über die Bezahlungsabteilung ergab, daß wir mit den bisherigen Erfolgen sehr zufrieden sein können. Da am Ort ein Teil Kollegen gezwungen ist, in andern Berufen zu arbeiten, so nahm man auch dazu Stellung, wie bei eventuell eintretenden Streitigkeiten gehandelt werden müsse, ehe die in Betracht kommenden Berufsorganisationen unsere Kollegen für sich reklamieren. Nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten schloß Kollege Georgi die anregend verlaufene Versammlung. — Die hiesige Typographische Vereinigung hatte gleichzeitig einige Drucksachenrundsendungen und einen unter Lübecker Kollegen seitens einer hiesigen Druckerei veranstalteten Umschlagwettbewerb für das Adreßbuch ausgestellt, welcher letztere das rechte Interesse in Anspruch nahm.

Offenbach a. M. (Bezirksversammlung am 23. November.) Die erfolgte Berichterstattung über die gepflogenen Tarifverhandlungen in Berlin durch unsern Gehilfenvertreter Nepeckts (Frankfurt a. M.) wurde seitens der erschienenen Kollegenschaft mit gemischten Gefühlen aufgenommen und gab man sich mit dem Erreichten soweit zufrieden. Hoffen wir, daß nun auch alles glatt durchgeführt wird.

th. Oldenburg. Unsere letzte Mitgliederversammlung am 5. Dezember, die wider Erwarten nur mäßig besucht war, befaßte sich hauptsächlich mit dem Er-

gebnisse der letzten Tarifausschussverhandlungen. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Urteile der Anzweifler mit dem Ergebnisse der Verhandlungen in der gänzlich unzulänglichen Teuerungszulagenhöhe zu suchen sei. Es müsse erwartet werden, daß die Gehilfenvertreter in kurzer Zeit erneut mit der Forderung an die Prinzipale herantreten. Es wurde anerkannt, daß die Gehilfenvertreter in der Durchbringung der Gehilfenforderungen und der Abwehr der von den Prinzipalen geforderten Verschlechterungen große Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Wenn es dennoch gelungen sei, die Verhandlungen zu einem für die Gehilfenschaft annehmbaren Abschlusse zu bringen, so müsse man den Gehilfenvertretern Dank sagen; um so mehr, wenn man das Ergebnis der Verhandlungen unter dem Gesichtswinkel der gegenwärtigen buchgewerblichen Lage und der großen Arbeitslosigkeit beurteile. Wenn auch nicht, was vorauszuheben gewesen sei, alle Forderungen der Gehilfen erfüllt worden seien, so müsse doch anerkannt werden, daß trotz einiger Verschlechterungen doch wesentliche Verbesserungen erzielt worden sind. Unter Hinweis auf die Verschlechterungen, die der Gehilfenschaft eine tariflose Zeit bringen werde, wurde empfohlen, bei der Urabstimmung für Annahme des neuen Tarifs zu stimmen. Weiter wurde die Veranstaltung einer Weihnachtsfeier in Gemeinschaft mit dem Gesangsverein „Gutenberg“ am 27. Dezember, die Gewährung einer Weihnachtsgabe von je 100 Mk. an die Bezirksinvaliden aus der Bezirkskasse und 100 Mk. an die Witwe eines verstorbenen Kollegen aus der Ortskasse beschloß. Der äußerst günstige Geschäftsgang am Orte entbehrt uns der Gewährung einer Extratraktierung an Arbeitslose am Orte. Es sind nicht nur die während des Sommers arbeitslos gewordenen Mitglieder wieder untergebracht worden, sondern es konnten auch noch Kollegen von auswärts untergebracht werden, so daß der höchste Mitgliederstand der Vorrietzzeit beträchtlich überschritten ist. Der frühere Beschluß, an durchreisende Mitglieder 5 Mk. Extratraktierung zu gewähren, wurde dahin umgewandelt, daß in Zukunft Abendrot, Nachlogis und Frühstück gewährt wird. Nach einem Bericht über die Sitzungen des Gewerkschaftsrates, an den sich eine längere Aussprache knüpfte, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Quersfurt. Unsere letzte Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen. Die Ansicht der Kollegen über die seit 1. November gewährte Teuerungszulage fand ihren Niederschlag in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die am 25. November folgende Versammlung des Ortsvereins Quersfurt bezeichnet die vom Tarifausschuss festgesetzte Teuerungszulage von 10, 15 und 20 Mk. als vollkommen unzulänglich und spricht dem Tarifausschuss ihre schärfste Mißbilligung aus. Im übrigen wird erwartet, daß die Gehilfenvertreter die Teuerungszulage zum nächsten Termin (1. Januar 1921) kündigen und eine den Verhältnissen wirklich angelegene Lohnzulage unbedingt durchdrücken.“ Um den arbeitslosen Kollegen eine reichlichere Unterfertigung gewähren zu können, wurde beschlossen, daß alle vollbeschäftigten Kollegen einstweilen bis 31. März 1921 eine Extrasteuer von 1 Mk. wöchentlich zahlen.

Sangerhausen. In der Bezirksversammlung am 28. November erstattete Kollege Eichler (Halle a. d. S.) eingehenden Bericht über die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs. Die sich diesem lehrreichen Referat anschließende ausgedehnte Diskussion ließ erkennen, daß die Kollegenschaft des hiesigen Bezirkes mit der geleisteten Arbeit der Gehilfenvertreter zufrieden war und sich im allgemeinen mit dem neugeschaffenen Tarif einverstanden erklärte. Bei der augenblicklich obwaltenden wirtschaftlichen Lage war schließlich nicht mehr zu erreichen, ohne einen Kampf heraufzubeschwören. In keiner Weise befriedigte jedoch die neue Teuerungszulage, weil mit derselben der wirtschaftlichen Notlage der Gehilfenschaft durchaus nicht Rechnung getragen worden ist. Einmütig wurde deshalb nachstehende Resolution gefaßt: „Die am 28. November in Sangerhausen tagende Bezirksversammlung gelangte nach Entgegennahme eines Berichts über die Tarifverhandlungen zu der Ansicht, daß unsere Gehilfenvertreter verlust haben, unsere Interessen zu vertreten. Wenn es ihnen nicht überall gelungen ist, so sind eben die augenblicklichen Umstände, vor allem die Zerstückelung in der Arbeiterschaft, daran schuld. Die Versammlung erkennen die schwierige Arbeit der Gehilfenvertreter an und sind mit dem Abschlusse des Tarifvertrags im großen und ganzen zufrieden. Die bei diesen Verhandlungen beschlossene Teuerungszulage entspricht insofern in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft, und die Versammlung fordern mit allem Nachdruck, daß in Kürze eine Tarifausschussprüfung stattfindet, die eine neue Erhöhung der Teuerungszulage festsetzt.“ Das Leben in den einzelnen Ortsvereinen ist nach den Berichten ein ziemlich reges zu nennen; die Zahl der Arbeitslosen ist erfreulicherweise gering, jedoch muß hierbei erwähnt werden, daß eine Anzahl Kollegen sich in andern Berufen Beschäftigung gesucht hat (in Nordhausen allein 12!). Auf Antrag Nordhausen faßte die Versammlung den einstimmigen Beschluß, den Bezirksvorort, welcher seit Bestehen des Bezirkes Sangerhausen war, nach Nordhausen zu verlegen; auch soll derselbe im Frühjahr die nächste Bezirksversammlung stattfinden. Möge auch von dem neugewählten Vorort erprobliche Verbandsarbeit geleistet und das Organisationsleben innerhalb des Bezirkes eifrig gefördert werden!

Sterkrade. Der hiesige Ortsverein faßte in seiner letzten Versammlung einstimmig folgende Resolution: „Die am 21. November folgende Ortsversammlung erklärt: Das von der Kreisamtsversammlung gezeitigte Resultat

(Erhöhung der besonderen Teuerungszulage um 100 Proz.) befriedigt durchaus nicht. Aus überflüssig erbittert das wenige Verständnis unserer Prinzipale gegenüber der großen Not unter den Buchdruckern. Wenn trotzdem die Kollegen den Abmachungen zustimmen, so unter dem Gesichtspunkte, daß bei weiterer steigender Teuerung eine weitere Erhöhung der Löhne Platz greift.“

Tübingen. Die am 5. Dezember hier abgehaltene Bezirksversammlung konnte sich eines sehr guten Besuchs auch von Seiten der Bezirkskollegen erfreuen. Galt es doch, den Bericht über den neuen, nun vorläufig zum Abschlusse gelangten Tarif vom Gehilfenvertreter Klein (Stuttgart) entgegenzunehmen, dessen sich hier in sehr eingehenden,esselnden Ausführungen zur Zufriedenheit der Anwesenden entledigte. Einen warmen Appell richtete er besonders im Interesse der Arbeitslosen an die Kollegen, bei den Prinzipalen dahin zu wirken, daß sie nicht nur m.f. schönen Reden, sondern auch mit Taten beweisen sollen, diesen Abstand zu beseitigen durch Unterbringung von Arbeitslosen. In der Diskussion wurde von verschiednen Rednern die Anzweiflung über das Resultat der Verhandlungen, hauptsächlich über die sehr minimalen neuen Teuerungszulagen (10, 15 und 20 Mk.), zum Ausdruck gebracht, die in keinem Verhältnis zu den andauernd steigenden Kosten für den Lebensunterhalt ständen. In Folge der früher üblichen Weihnachtsfeier wurde beschlossen, eine solche in diesem Jahre fallen zu lassen und die dadurch ersparten Unkosten den arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen als Weihnachtsgabe zu überreichen. Ein weiterer auf der Tagesordnung stehender Punkt betreffend Erniedrigung des Ortsvereinsbeitrags wurde auf Beschluß der Anwesenden für die Generalversammlung zur Behandlung zurückgestellt. Der auch hier ins Leben gerufenen Bezahlungsabteilung sind sämtliche Beibringe der hiesigen Druckereien beigegeben. Nach einem kurzen Schlußwort und Dank an den Referenten durch den Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Wegelah. In einer am 27. November abgehaltenen außerordentlichen Versammlung beschloß die Ortsverein Wegelah und Umgegend mit den Tarifverhandlungen. Die Debatte fand ihren Niederschlag in der nachstehenden Entschließung: „Die tariflichen Abmachungen und namentlich die Teuerungszulagen betreffen die Gehilfenschaft im Ortsverein Wegelah und Umgegend keineswegs, da sie nicht danach angefaßt sind, den immer weiter um sich greifenden Teuerungserhöhlungen auch nur annähernd Rechnung zu tragen. Die Gehilfenschaft erkennt an, daß die Gehilfenvertreterung wacker gearbeitet hat, hat sich aber nicht im entferntesten träumen lassen, daß sich die Gehilfenvertreterung mit so minimalen Zugeständnissen nach Hause schicken ließ. Sie bebauert, daß die Prinzipale nicht mehr Einsicht für die Not der Gehilfen hat, die vielfach auch das Nötdürftigste entbehren müssen. Die hiesigen Industriearbeiter gehen wöchentlich mit einer Summe von 50 bis 100 Mk. und mehr über den Lohn der Buchdrucker nach Hause. Wir müssen eine wesentliche Lohnerhöhung fordern. Auf den 50 Mk., die gehilfenseitig verlangt wurden, hätte die Gehilfenvertreterung unbedingt bestehen müssen. Im übrigen kann die hiesige Gehilfenschaft nicht verstehen, was den Geschäftsführer des Tarifamts veranlaßt, zu sagen, daß die Gehilfenschaft stets höhere Forderungen stellt, von denen sie sich aber abhandeln läßt.“ Kollege Frick machte darauf einige Ausführungen über die Wahl von Gruppenräten, worauf man zur Wahl schritt. Der Beitrag mußte um 40 Pf. erhöht werden. Darauf nahm man den Karlellbericht entgegen. Anschließend hieran war man der Ansicht, daß der Gewerkschaftsbund mit der Wfa wohl in der Lage sei, die Teuerungserhöhlungen einzudämmen. Ein Neunmilionenheer der Arbeit müßte in dieser Beziehung wesentliche Vorteile erringen können. Die Versammlung beschloß sich darauf mit Bezahlungsfragen, und man war sich einig darin, daß man die Bezahlungsstellen zu allen Bildungsbestrebungen heranziehen müsse. Den durchreisenden Kollegen soll in den einzelnen Druckereien eine Unterfertigung gewährt werden.

Wittenberg. Am 24. November fand unsere Monatsversammlung statt, die sehr gut besucht war. Galt es doch vor allem, den Bericht über die Berliner Tarifverhandlungen seitens unseres Gehilfenvertreters König (Halle a. d. S.) entgegenzunehmen. Das durchdrückte Referat wurde aber trotzdem von der Kollegenschaft nur mit gemäßigter Meinung aufgenommen. Vor allem wurde über das Resultat der neuen Teuerungszulage mit Entrüstung protestiert. Am Schlusse seiner Ausführungen legte der Referent es der Kollegenschaft selbst in die Hand, nach bestem Gewissen und reiflicher Prüfung des neuen Tarifs die Urabstimmung vorzunehmen. In der darauffolgenden Diskussion kam es zu einer längeren Aussprache, nach deren Beendigung folgende Resolution einstimmig Annahme fand: „Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die so minimal von den Prinzipalen gewährte Teuerungszulage im Hinblick auf die immer mehr anziehende Verelendung aller Bebaris- und Wirtschaftseigenen und erwartet daher bzw. gibt ihrem Gehilfenvertreter den Auftrag, dahin zu wirken, daß unbedingt schnellstens der Tarifausschuss wieder zusammenberufen wird, um erneut über eine den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragende Teuerungszulage zu beschließen.“ Unter „Verständigen“ wurde ebenfalls eine lebhafte Diskussion herbeigeführt über Betriebsrätefragen. Nach längerem Hin und Her stellte sich die überwiegende Mehrheit auf den Boden der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde herausgegebenen Richtlinien der Betriebsräte und verwarf mit aller Entschiedenheit die Zerstückelungsveruche der wirtschaftlichen Aiteorganisation. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.